

Der Konflikt des Ökumenischen Patriarchats und des bulgarischen Exarchats mit der Pforte 1890

Von GUNNAR HERING (Wien)

Gegen Ende des Jahres 1890 kam es im Osmanischen Reich zu einem spektakulären, in der neueren Geschichte der orthodoxen Kirche einzigartigen Vorfall: Am 12. Oktober proklamierte das Ökumenische Patriarchat von Konstantinopel die Schließung der Gotteshäuser, die Suspension der Zeremonien sowie den Priesterstreik in einem großen Teil seines Jurisdiktionsbereiches; lediglich Nottaufen in Privatwohnungen und stille Beerdigungen durften stattfinden. Schon vorher war Patriarch Dionysios V. zurückgetreten. Erst am 5./6. Jänner 1891 wurde diese Maßnahme aufgehoben — die Gläubigen standen also fast drei Monate lang vor verschlossenen Kirchentoren. Das Patriarchat wollte die Pforte auf diese Weise zwingen, zwei Entscheidungen, die aus seiner Sicht eine Einheit bildeten, zurückzunehmen, weil sie in das Kirchenrecht eingriffen: Erstens war die Pforte mit ihrem Beschluß vom 17. 7. 1890 dem Wunsch des (vom Patriarchat als schismatisch betrachteten) bulgarischen Exarchats entgegengekommen, den Ferman von 1870 über die Errichtung einer eigenständigen bulgarischen Hierarchie auszuführen, d. h. die in diesem Ferman bereits vorgesehene Metropole von Köprülü/Veles zu etablieren und gemäß Art. 10 des Fermans über die Errichtung neuer Kirchenprovinzen auf Wunsch von zumindest zwei Dritteln der Einwohner endlich den neuen bulgarischen Metropoliten für Üsküb/Skopje und Ohri/Ohrid Berats auszustellen¹⁾. Die griechische Seite fürchtete nun, daß sich auch andere Gebiete durch Abstimmungen dem Exarchat anschließen könnten²⁾. Zweitens hatte die osmanische Regierung

¹⁾ Text des (in der Originalfassung wissenschaftlich nicht edierten) Fermans bei Μανουήλ Γεδεών, Ἔγγραφα πατριαρχικά καὶ συνοδικὰ περὶ τοῦ βουλγαρικοῦ ζητήματος (1852—1873). Konstantinopel 1908, S. 243—247; Todor Burmov, Българо-гръцката църковна распра. Sofia 1902, S. 351 f.

²⁾ Noch vor der Ausstellung der Berats setzte, wie der Athener Außenminister *Stefanos Dragoumis* beklagte, die bulgarische Agitation auch an anderen Orten ein, als die Pforte dem bulgarischen Bischof *Teodosij* erlaubt hatte, in Skopje eine Kirche zu weihen, und das Exarchat durchzusetzen versuchte, daß der Würdenträger auch weiterhin dort residere und alle bischöflichen Aufgaben

seit 1882 die weltlichen Jurisdiktionskompetenzen und Schulaufsichtsrechte des Patriarchats zu beschneiden versucht; 1890 erreichte der Konflikt zwischen Pforte und Fanar seinen Höhepunkt³⁾).

Im folgenden sollen nicht noch einmal die kirchenrechtlichen und praktisch-seelsorgerischen Argumente des Patriarchats und des Exarchats dargestellt werden, die aus der Geschichte des griechisch-bulgarischen Kirchenstreits hinlänglich bekannt sind. Gegenstand dieser Studie sind vielmehr außenpolitische Aspekte der Kirchenschließung. Es wird sich allerdings zeigen, daß die Mächte nicht nur faktisch auf die Innenpolitik des Osmanischen Reiches und Bulgariens einwirkten, sondern daß in der Zielsetzung der Akteure die Außenpolitik mit der innenpolitischen Konstellation in diesen Ländern verknüpft war. Die faktische Interdependenz ist leicht einzusehen: Einerseits betrafen die umstrittenen Entscheidungen der Pforte die Patriarchats- und die Exarchatskirche auf osmanischem Territorium; die drei neuen bulgarischen Kirchenprovinzen lagen in der Türkei und auch der Exarch residierte in Konstantinopel. Andererseits war nicht zu übersehen, daß sich Bulgarien mit Nachdruck für die Belange der bulgarischen Kirche im Osmanischen Reich einsetzte und somit Erfolge wie Fehlschläge seiner Politik sich auch auf die Stabilisierung seines neuen Regimes auswirken mußten, das sich mit diktatorischen Mitteln an der Macht hielt und noch keine volle internationale Anerkennung gefunden hatte. Im übrigen war Bulgarien auf Grund des Berliner Vertrages nicht unabhängig, sondern autonom unter der Suzeränität des Sultans und für das seit 1885 mit Bulgarien vereinigte Ostrumelien hatte derselbe Vertrag einen minde-

wahrnehme: *Gustav Frh. von Kosjek* an den Minister des Äußern, *Gf. Gustav Kálnoky von Köröspatak*, Athen 23. 4. 1890, No 23D, Haus-, Hof- und Staatsarchiv Wien, Politisches Archiv des Ministeriums des Äußern 1848—1918, XII, Türkei, 268 Liasse XV, Konvolut „Bulgarische Kirchenfrage“, f. 11f. — Zum Aufenthalt des Bischofs in Skopje s. weiters *Kosjek* an *Kálnoky*, Athen 14. 5. 1890, No 27 C, ibidem, f. 29r—30r; Botschafter *Heinrich Frh. von Calice* an *Kálnoky*, Kon/pel 17. 5. 1890, No 20C, ibidem, f. 33r—35v; *Calice* an *Kálnoky*, Kon/pel 14. 6. 1890, No 24 D, ibidem, f. 91r. Zur Hartnäckigkeit des Exarchen, der auch lokale Unruhen in Kauf zu nehmen bereit war: *Calice* an *Kálnoky*, Kon/pel 9. 6. 1890, No 23 D, ibidem, f. 78.

³⁾ Deswegen hatte Patriarch *Ioakim III.* 1883 dreimal aus Protest seinen Rücktritt eingereicht; am 30. 5. 1884 demissionierte er wieder, weil Synode und Gemischter Rat ihn desavouierten, als er nach seinem ersten Rücktritt in Privatbriefen an die Pforte die Regelung der strittigen Fragen vorbereitet hatte: Βασίλειος Σταυρίδης, *Οί Οικουμενικοί πατριάρχαι 1860 – σήμερα*. (= Έταιρεία Μακεδονικῶν Σπουδῶν, *Ίστορικά πραγματεΐαι*, 14). Thessaloniki 1977, S. 220; Δημήτριος Μαυρόπουλος, *Πατριαρχικαὶ σελίδες*. Athen 1960, S. 8—11. Unter seinem Nachfolger *Ioakim IV.* (1884—1886) gab die Pforte nach, s. dazu das Memorandum *Ioakims IV.* über den Zustand der Kirche bei Σταυρίδης, op. cit., S. 304—315, No 56.

ren Selbstverwaltungsstatus vorgesehen — die Beziehungen zwischen Sofia und Konstantinopel waren daher nicht nur rechtlich, sondern auch faktisch anderer Art als die zwischen fremden Staaten. Auf die Frage der Zielsetzung der Akteure werden wir in den folgenden Ausführungen zurückkommen.

An dieser Stelle sei nun ein Exkurs über die Einschränkung der Rechts- und Verwaltungskompetenzen des Patriarchats vorangestellt, weil im Unterschied zum griechisch-bulgarischen Kirchenstreit diese im Konflikt des Patriarchats mit der Pforte heftig umstrittene Materie im allgemeinen wenig bekannt ist.

Es handelt sich hiebei um die Ausführung von Ehescheidungsurteilen (und insbesondere von Entscheidungen des Patriarchats in Unterhaltsstreitigkeiten) durch die osmanischen Instanzen; um die Testamentsvollstreckung; um den Anspruch des Staates, die Lehrpläne der von der Kirche geleiteten Schulen sowie die Diplome der Lehrer zu überprüfen, und um die Verhaftung und Aburteilung von Priestern in Strafsachen. Der erste Punkt ließ sich leicht klären, weil die Pforte ohne weiteres zugestand, daß gegen Scheidungsurteile als zweite Instanz der Gemischte Rat des Patriarchats anzurufen sei und daß die Kosten für die Schuldhaft eines säumigen Unterhaltspflichtigen nicht auf die klagende Partei abgewälzt werden dürfen. Größere Schwierigkeiten bereitete die Forderung des Patriarchats, daß seine Entscheidungen in Erbschaftsangelegenheiten vor osmanischen Gerichten nicht angefochten würden, denn zur Hinterlassenschaft konnten Staatsländereien gehören und unter den Erben Nichtorthodoxe sein. Allerdings schien mit diesen beiden Ausnahmefällen auch hier eine Einigung erreichbar zu sein. Die Aufsicht über die Schulen wollte die Pforte um so weniger aufgeben, als sie hoffte, dadurch die revolutionäre und die separatistische Agitation etwas einzuschränken. Sie konnte sich im übrigen auf „westliche“ Vorstellungen von einem modernen, weltlichen Schulwesen berufen. Das Patriarchat wiederum fürchtete, Boden an das bulgarische Exarchat zu verlieren, wenn es die Kontrolle über die Schulen verlöre. Aus demselben Grund verlangte es im Zusammenhang mit dem Kompetenzstreit, daß in den Berats die bulgarische Kirche als schismatisch bezeichnet und der bulgarische Klerus zur Änderung seines Gewandes verpflichtet würde. In der Schulfrage konzedierte die Pforte jedenfalls, daß sie Beanstandungen dem Patriarchat anzeigen werde, damit die Kirche selbst die Angelegenheiten ins reine bringe. Was die Aburteilung von Priestern in Strafsachen betraf, räumte die Pforte ein, daß sie Geistliche über das Patriarchat bzw. über die zuständigen Metropolen zum Verhör oder vor Gericht laden werde — an der Kompetenz der staatlichen Gerichte und des staatlichen Strafvollzugs aber machte sie keine Abstriche⁴⁾.

⁴⁾ S. das Schreiben des Großvezirs an das Ökumenische Patriarchat, 13. 11. 1890. Beilage zu *Calice* an *Kálnoky*, Kon/pel 29. 11. 1890, Nr. 52B, HHStA: Po-

Bulgarische Metropoliten in Üsküb/Skopje, Köprülü/Veles und Ohri/Ohrid einzusetzen, war an sich kein Novum, denn nach dem Erlaß des Fermans hatten in diesen drei Kirchenprovinzen bulgarische Metropoliten amtiert; die Metropoliten von Skopje, *Kiril*, und Ohrid, der berühmte *Natanail*, waren wegen der Beteiligung an den Revolten von Kresna und Razlog abgesetzt worden, der Metropolit von Veles, *Damaskin*, hatte sich nach Konstantinopel begeben, wo er 1877 starb, und wurde durch den Priester *Todor Stojanov Mitov* 1875—1877 vertreten⁵). 1884—1886 wollte die Pforte neuen Metropoliten Berats ausstellen, zog ihre Entscheidung aber auf Protest des Patriarchats wieder zurück⁶).

Das bulgarische Kabinett *Stambolov* drängte nun die osmanische Regierung immer energischer, Berats für neue Metropoliten auszustellen. Der Premier konnte sich dabei auf die Unterstützung durch das Exarchat verlassen, doch dürfte seine Taktik im Unterschied zu der des Exarchen entscheidend von dem Bedürfnis geleitet worden sein, sein Regime im Inneren zu stabilisieren. Erste Hinweise darauf enthalten die Berichte des österreichisch-ungarischen Gesandten *Burián*, den *Stambolov* offensichtlich gut über seine Absichten zu informieren pflegte. „Die Frage der mazedonischen Bistümer“, so erkannte *Burián*, „ist für das in Bulgarien bestehende Re-

litisches Archiv, ibidem, Konvolut „Griechische Patriarchenfrage“ (im folgenden: HHStA: Griechische Patriarchenfrage), f. 215r. S. weiters die Beilage zum Bericht *Calices* an *Kálnoky*, Kon/pel 18. 10. 1890, Nr. 47B, ibidem, f. 57r—58r. — Zur Entwicklung des bulgarischen Schulwesens in Mazedonien und Thrazien s. zur ersten Information Jordan Vančev, *Novobŭlgarskata prosveta v Makedonija prez Vŭzraždaneto (do 1878 godina)*. Sofia 1982, S. 53—137; A. Dimitrov: *Učilišteto, progresŭt i nacionalna revoljucija. Bŭlgarsko učilište prez Vŭzraždaneto*. Sofija 1987.

⁵) Auch *Natanail* hatte seine Residenz verlassen und wurde 1875—1877 vom Archimandriten *Dionisij von Vraca* vertreten. In Veles war nach dem Rücktritt des exarchistischen Metropoliten walachischer Herkunft *Genadij* (1872) *Damaskin* Metropolit geworden. Alle drei Metropoliten hatten Berats bekommen. S. zu ihnen Vasil Kŭnčov, *Grad Skopje*, in: idem, *Izbrani proizvedenija*. II, Sofia 1970, S. 7—181, bes. S. 171; idem, *Segašnoto i nedavno minalo na grad Veles*, ibidem, S. 264ff.; *Kiril (Patriarch Bŭlgarski), Suprotivata sreštu Berlinski dogovor. Kresnenskoto vŭstanie*. Sofia 1955, S. 26 ff., S. 83 ff., S. 95 ff., S. 99 ff., S. 101 ff.; idem, *Natanail mitropolit Ochridski i Plovdivski (1820—1906)*. Sofia 1952, bes. S. 275—464. — Die Geschichte der Exarchatskirche im ersten Jahrzehnt nach dem Erlaß des Fermans behandelt die grundlegende Dissertation von Zina Markova (*Bŭlgarska ekzarchija 1870—1879*), die jetzt maschinenschriftlich vorliegt und hoffentlich bald publiziert wird. Zur ersten Orientierung nach wie vor T. Sŭbev, *Učredjavane i diocez na Bŭlgarskata ekzarchija do 1878 g.* Sofia 1973, sowie für unseren Betrachtungsraum *Kiril (Patriarch Bŭlgarski), Bŭlgarskata ekzarchija v Odrinsko i Makedonija sled osvoboditelnata vojna (1877—1878)*. I, Sofija 1969.

⁶) Memorandum *Ioakims IV*, *Staurides*, op. cit., S. 306f.

gime heute wichtiger als je zuvor. Nicht um die Bethätigung bulgarischer Einflüsse in Mazedonien handelt es sich hiebei in erster Linie, noch um die diesseitigen, gar nicht aktuellen Aspirationen auf den dereinstigen Besitz jener türkischen Provinz, sondern um die Schneidigkeit der stärksten, vielleicht der einzigen noch gefährlichen Waffe, welche Rußland zur Unterwühlung der ihm mißliebigen Ordnung der Dinge in Bulgarien heute noch besitzt. [...] bei Herrn *Stamboloff* reift gegenwärtig der Entschluß, die Lösung derselben [der Frage der bulgarischen Bischofssitze in Mazedonien] mit verstärktem Nachdrucke zu betreiben. Er sei den patriotischen Bulgaren den Beweis schuldig, daß Rußland mit seinen Intriguen auch in Mazedonien nicht das letzte Wort behalten müsse [...]“⁷⁾. Das „penetrative linkage“⁸⁾ der russischen Politik mit der öffentlichen Meinung in Bulgarien ist ein zentraler Aspekt der Systemstabilisierung, dem der Diplomat pflichtgemäß besondere Aufmerksamkeit zuwendete.

Um die Probleme des *Stambolov*-Regimes zu analysieren, wird man allerdings einen größeren Interpretationsrahmen in Betracht ziehen müssen. Denn das Regime sah sich einer breitgefächerten, gewaltsam unterdrückten Opposition gegenüber, die 1886 bis 1890 die gemeinsame Linie der „Russophilie“ vertrat, diese aber unterschiedlich akzentuierte. Unter den politischen Gruppierungen im Inneren waren es die *Karavelov*-Partei und die südbulgarischen Konservativen, die nach *Alexander Battenbergs* Abdankung auf Konfliktkurs gegen die Regentschaft gingen und sie z.T. sogar als illegal ablehnten. Außerhalb der bulgarischen Grenzen sammelte sich die Opposition, in der die Partei *Cankovs* und die südbulgarischen Unionisten dominierten⁹⁾. Der „russophile“ Kurs bedeutete im Minimalprogramm der Gemäßigten nicht mehr als außenpolitische Anlehnung an Rußland; die russophilen Maximalisten hingegen wünschten, den russischen Einfluß auch im Inneren wieder zur Geltung zu bringen¹⁰⁾ und scheuten sich nicht,

⁷⁾ Generalkonsul *Stephan Burián von Rajecz* an *Kálnoky*, Sofia 18. 5. 1890, No 40D, vertraulich, HHStA, Bulgarische Kirchenfrage, f. 45v—46r, 47v—48r.

⁸⁾ Im Sinne des *linkage approach* beim Studium zwischenstaatlicher Beziehungen, s. Joseph Frankel, *Contemporary International Theory and the Behaviour of States*. London, Oxford, New York 1973, S. 42ff.

⁹⁾ Stojčo Grünčarov, *Političeskie sili i monarhičeskijat institut v Bŭlgarija 1886—1894*. Sofija 1984, S. 56, 62, 64, 71f., 76ff.

¹⁰⁾ In den von der Pforte mit russischer Ermunterung angeregten Verhandlungen der Regentschaft mit *Cankov* in Konstantinopel 1886 übernahm dieser die russischen Forderungen und verlangte: den Rücktritt der Regentschaft, eine neue Regierung mit Cankovisten auf Schlüsselposten, Berufung eines Russen zum Kriegsminister, Wiedereinstellung der Verschwörer gegen *Battenberg*, Wahl einer neuen Großen Nationalversammlung und des russischen Kandidaten zum neuen Fürsten: *ibidem*, S. 77. S. dazu auch das nach wie vor wichtige Werk von Simeon Radev, *Stroitelite na süvremenna Bŭlgarija*. II, Sofija 1973, bes. S. 533—575.

die Pforte zur Okkupation Bulgariens zu ermuntern, um dieses Ziel zu erreichen¹¹). In der Emigration bildeten sich außerdem Klüngel politisierender Offiziere, die sich als besonders gefährlich erwiesen, weil sie, um das Regime gewaltsam zu beseitigen, Banden nach Bulgarien einschleusten und kleinere Insurrektionen wie Ende Februar 1887 in Ruse und Silistra anzettelten. Petersburg unterstützte diese Kreise nicht nur finanziell über die russischen Vertretungen in Bukarest und Konstantinopel; Außenminister *Giers* beauftragte den russischen Gesandten in Bukarest, *Chitrovo*, damit, die Emigrantenzirkel zu koordinieren¹²). Die Tatsache, daß sich unter den Verschwörern diejenige Richtung durchsetzte, die den russophilen außenpolitischen Kurs mit innenpolitischer Unabhängigkeit, demokratischen Strukturen und der Forderung nach einem Koalitionskabinett verbinden wollten¹³), brachte für das *Stambolov*-Regime keinerlei Entlastung, weil die Liberalisierung im Inneren sich mit dem Regierungssystem ebensowenig wie die „Russophilie“ in ihren verschiedenen Varianten vertrug.

Die Gefahr der Destabilisierung des politischen Systems wuchs, als *Ferdinand von Sachsen-Coburg-Gotha*, der als Katholik und österreichischer Offizier in Petersburg emotionale Ablehnung hervorrief, am 25. 6./9. 7. 1887 zum neuen Fürsten gewählt wurde und im Widerspruch zum Berliner Vertrag den Thron bestieg, ohne das Placet der Pforte und der Signatarstaaten abzuwarten. Allerdings kam es zu keiner kollektiven Aktion gegen Bulgarien, weil die Pforte keine Anstalten zu irgendwelchen Maßnahmen machte¹⁴), Österreich-Ungarn und England die Regierung und die Wahl des Fürsten als legal anerkannten und lediglich in seiner Inthronisation einen Vertragsverstoß sahen und Italien *Ferdinand* sogar anerkennen wollte; in England und Österreich-Ungarn brachte Bulgarien 1888 zwei Anleihen unter,

¹¹) Grūnčarov, op. cit., S. 78, 121; s. auch Simeon Radev, *Rusofilskite političeski sili v Būlgarija (Avgust 1886—Avgust 1887 g.)*. In: *Političeski partii, organizacii i upravljenja v Būlgarija 1879—1944 g.* Sofija 1983, S. 121—150; weiteres Elena Statelova, *Političeskie partii v Iztočna Rumelija*, ibidem, S. 151—182.

¹²) Grūnčarov, op. cit., S. 83f. — Zur russischen Politik grundlegend P. Pavlovič [Hrsg.], *Avantjury russkago tsarizma v Bolgarii*. Moskwa 1935.

¹³) Grūnčarov, op. cit., S. 84.

¹⁴) Die auf russischen Druck nach Sofia übermittelte Note trug keine Unterschrift; sie begleitete ein mündlicher Wink des Sultans, Bulgarien drohe keine Gefahr, Sofia brauche die Note auch nicht zu beantworten: ibidem, S. 104. — Zur Politik der Pforte gegenüber Bulgarien Božidar Samardžiev, *Ottoman Policy towards the Principality of Bulgaria during the Regency (Aug. 1886—July 1887)*, *Études balkaniques* 12, 1976/4, S. 45—63; idem, *Ottoman Policy with Regard to Ferdinand's Election to the Throne of Bulgarian Principality*, *Bulgarian History Review* 6, 1978/2, S. 3—25.

London schloß mit Sofia einen Handelsvertrag¹⁵). In Rußland war vor allem die militärische Führung gegen einen Einmarsch in Bulgarien. Nachdem am 3. 2. 1888 die Klauseln des Zweibundes publiziert worden waren, schied ein militärischer Vorstoß aus den Handlungsalternativen aus, weil die Gefahr eines Krieges mit Österreich-Ungarn das noch viel größere Risiko eines Krieges mit Deutschland implizierte. In der Deklaration vom 11. Februar 1888 versicherte *Alexander III.*, er wolle einen Konflikt mit Österreich-Ungarn und England wegen der bulgarischen Probleme vermeiden, hielt aber daran fest, daß *Ferdinand* ein illegaler Herrscher sei¹⁶). Auch die Opposition wandte sich gegen den neuen Fürsten, so daß sich die Polarisierung im Inneren schärfer ausprägte. Dabei hoben die „Russophoben“ zwei große Gefahren hervor, die Bulgarien angeblich drohten: die Vorherrschaft Österreich-Ungarns über die Balkanstaaten und — infolgedessen — Rückschläge für das irredentistische Programm, das an den Vertrag von San Stefano anknüpfte¹⁷). Wiederum versuchte die russische Diplomatie, die bulgarischen Emigranten zu einen¹⁸). Die Systemkrise wurde offenkundig, als in letzter

¹⁵) Grünčarov, op. cit., S. 104f. Zur britischen Politik und zu den Anleihen von 1888 Andrej Pantev, *Anglija sreštu Rusija na Balkanite 1878—1894*. Sofija 1972, S. 175 ff, 188.

¹⁶) Grünčarov, op. cit., S. 105, 147, 171f.; Ivan Panajotov, *Rusija, velikite sili i bŭlgarskijat vŭpros sled izbora na Knjaz Ferdinanda (1888—1896 g.)* (= Universitetska biblioteka 247), Sofija 1941, S. 96—135; Barbara Jelavich, *Russia, Britain and the Bulgarian Question 1885—1888*, *Sŭdost-Forschungen* 32, 1973, S. 168—201.

¹⁷) So *Petko Karavelov* in einem Interview mit dem *Martin*, 12. 9. 1887. Zur Stimmung im Offizierskorps, wo man fürchtete, Rußland werde serbische Ansprüche auf Kosten Bulgariens unterstützen, Grünčarov, op. cit., S. 127. In diesem Sinne schrieb *Burián* in dem zitierten Bericht an *Kálnoky* (s. Anm. 7): „Das Bedenklichste ist nun, daß während Rußlands politische Lockrufe sonst wenig Widerhall mehr in Bulgarien finden, seine Mahnungen betreffs Mazedonien ein tausendfältiges Echo finden bei den vielen Angehörigen jenes Landes, die sich im Fürstenthum befinden. 150—200 Offiziere der Armee, weit über Tausend Angestellte in allen Dienstzweigen und Graden, viele Tausende von, theilweise wolhabenden, Privatleuten sind ebenso viele, mehr oder minder freiwillige Agenten für Rußland nach dieser Seite hin, und gar häufig soll es vorkommen, daß wenn eines Bulgaren Russophilismus vor der klaren Einsicht der Sachlage zu weichen beginnt, dieses Gefühl wieder beim Gedenken an Mazedonien aufflackert [...]“ (f. 46v—47r).

¹⁸) In Konstantinopel unterzeichneten Oppositionspolitiker ein Protokoll, in dem sie die Entfernung *Ferdinands*, gute Beziehungen zu Rußland und das Ende derjenigen fremden Einflüsse forderten, die Bulgarien von seiner historischen Mission (Realisierung der Grenzen von San Stefano) ablenkten: Grünčarov, op. cit., S. 120.

Minute eine von dem Major *Kosta Panica* geführte Offiziersverschwörung gegen *Ferdinand* entdeckt wurde¹⁹⁾.

Kompliziert waren die Beziehungen zwischen dem *Stambolov*-Regime und dem Exarchat: Der Exarch residierte als osmanischer Würdenträger in Konstantinopel, war aber politisch, finanziell und in der Kirchenadministration auf die Unterstützung durch den bulgarischen Staat angewiesen. Deswegen und aus naheliegenden Rücksichten auf die Kirche im Fürstentum konnte sich der Klerus einen völligen Bruch mit dem Regime nicht leisten, obwohl er traditionell nach der orthodoxen Großmacht orientiert war und einen Katholiken auf dem bulgarischen Thron als Skandal empfand. Immerhin wurde *Ferdinand* in der Fürbitte nicht memoriert. Aber auch die Regierung hielt es für opportun, einer großen Konfrontation mit der Kirche auszuweichen. Die Kirche war in den Traditionen der Balkanvölker tief verwurzelt, im Kampf um die bulgarische Kirche hatte sich der moderne bulgarische Nationalismus entfaltet und das Exarchat war die Institution, die die Bulgaren des Fürstentums mit den *Conationalen* im Osmanischen Reich verband. So beschränkte sich die Regierung darauf, mit Subsidien an den Exarchen die Ernennung des einzigen Russophoben im höheren Klerus, nämlich des Metropoliten *Grigorij* zum *namestnik* des Exarchen in Bulgarien anstelle des unbequemen *Kliment* zu erkaufen²⁰⁾.

Unter diesen Voraussetzungen griff nun *Stambolov* die Frage der neuen Kirchenprovinzen auf. Er brauchte mit keiner Opposition gegen diesen Vorstoß zu rechnen, sondern konnte um so mehr darauf spekulieren, mit Erfolg der Opposition und der russischen Propaganda das Wasser abzugraaben sowie das Exarchat enger an das Sofioter Regime zu binden, als die russische Politik bis zur Ausstellung des Fermans von 1870 und auch danach den bulgarischen Wünschen nur zögernd nachgegeben, aber trotzdem die Einheit der Orthodoxie zu bewahren gesucht und deshalb selbst russophile Bulgaren irritiert hatte²¹⁾.

Die Neuauflage des Kirchenkonfliktes war somit geeignet, den Nationalismus als Integrationsideologie zu beleben. Die systemstabilisierenden Effekte dieser Taktik würden sich dann, so hoffte man, bald einstellen. Andererseits drängte auch der Exarch auf die Ausstellung der fraglichen Berats,

¹⁹⁾ Ibidem, S. 127, 162; Panajotov, op. cit., S. 147 ff.

²⁰⁾ Grünčarov, op. cit., S. 123—126.

²¹⁾ Überblick bei Zina Markova, *Russia and the Bulgarian-Greek Question in the 'Seventies of the 19th Century*, *Études historiques* 11, 1983, S. 159—197, sowie die grundlegende Quellenedition mit breitangelegter Einführung von Kiril (Patriarch Bŭlgarski), Graf N. P. Ignatiev i bŭlgarskijat cŭrkoven vŭpros. Izsledvane i dokumenti. I, Sofija 1958. — Vgl. weiters das Werk des ehem. Beamten an der russischen Botschaft in Konstantinopel, der die diplomatischen Akten eingesehen hatte: V. Teplov, *Greko-bolgarskij cerkovnyj vopros po neizdannym istočnikam*. Petersburg 1889.

wobei er zu hoffen schien, die bulgarische Regierung in Zugzwang zu versetzen und ihr Schwierigkeiten zu bereiten²²⁾.

Das Problem der Systemstabilisierung in Bulgarien und im Osmanischen Reich durchzog die diplomatischen Verhandlungen und Sondierungen von Anfang an und war in den Aktionen der Diplomaten mit dem außenpolitischen Kalkül verknüpft. Noch vor der Ausstellung der Berats, als Bischof *Teodosij* nach Üsküb ging²³⁾, hielt der russische Botschafter *Nelidov* dem Großvezir *Kıbrıslı Mehmed Kâmil Pascha* vor, es berühre ihn peinlich, daß die Pforte der bulgarischen Kirche auf einen Vorschlag des britischen Botschafters hin das gewähre, was er jahrelang vergeblich empfohlen habe²⁴⁾. Die Aussicht, daß die von Rußland als illegal betrachtete Regierung in Sofia, zu der Petersburg seit 1886 keine diplomatischen Beziehungen mehr unterhielt, den Popularitätsgewinn aus Zugeständnissen der Pforte verbuchen würde, irritierte *Nelidov* so, daß er nunmehr seine früheren Anträge *ad acta* legte und gegen die Erteilung neuer Berats intrigierte. Er hoffte, mit dieser Taktik den Bulgaren zu demonstrieren, daß, wie auch die bulgarische Opposition behauptete, ohne oder gegen Rußland in Mazedonien nichts zu erreichen sei²⁵⁾. Dementsprechend versuchte *Stambolov*, die anderen Mächte zur Unterstützung der bulgarischen Wünsche zu bewegen²⁶⁾ und ließ seinen osmanischen Gesprächspartnern gegenüber durchblicken, daß Konzessionen der Pforte im beiderseitigen Interesse lägen, weil es andernfalls in Mazedonien zu Unruhen kommen könne, die wiederum die öffentliche Meinung im Fürstentum gegen das Regierungssystem mobilisieren würden²⁷⁾. Aus derselben Rücksicht auf die Stimmung unter den Orthodoxen im Osmanischen Reich lavierte die Pforte zwischen den Ansprüchen der Bulgaren und den Protesten des Patriarchats hin und her²⁸⁾ und ver-

²²⁾ *Calice* an *Kálnoky*, Kon/pel 9. 6. 1890, No 23 D, HHStA, Bulgarische Kirchenfrage, f. 78r.

²³⁾ S. o., Anm. 2.

²⁴⁾ *Calice* an *Kálnoky*, Kon/pel 17. 5. 1890, No 20 C, HHStA, Bulgarische Kirchenfrage, f. 34.

²⁵⁾ *Burián* an *Kálnoky*, Sofia 18. 5. 1890, No. 40 D, ibidem, f. 46.

²⁶⁾ *Burián* an *Zwiedineck*, Sofia 18. 5. 1890, ibidem, f. 59r—60r; *Burián* an *Kálnoky*, Sofia 20. 5. 1890, No 1051, ibidem, f. 61r.

²⁷⁾ Mitteilungen *Stambolovs* über ein Gespräch mit *Reşid Bey*: *Burián* an *Kálnoky*, Sofia 1. 6. 1890, Privatbrief, ibidem, f. 71f.

²⁸⁾ Auf die Vorstellungen des italienischen Botschafters Baron *Blanc* antwortete der Großvezir, „daß es für die Pforte umso unthunlicher gewesen wäre, dem Drängen des Patriarchates auf dessen [des nach Skopje entsendeten Bischofs, s. o. Anm. 2] Rückberufung zu widerstehen, als andernfalls eine gefährliche Gärung unter den Orthodoxen eingetreten wäre, zudem die Pforte den Patriarchen als Chef der Orthodoxen Kirche in der Türkei anerkenne.“ *Calice* an *Kálnoky*, Kon/pel 9. 6. 1890, No 23 D, ibidem, f. 75v.

suchte, mit ihren Entschlüssen den Russophilen in Bulgarien nicht zu größerer Resonanz zu verhelfen. *Nelidov* mußte allerdings einsehen, daß er mit der offenen Parteinahme für das Patriarchat einen Bumerangeffekt auslösen und auch die Russophilen gegen sich aufbringen würde, weil eben die Einrichtung der neuen Kirchenprovinzen keine politische Sondertour *Stambolovs*, sondern ein nationales Anliegen war. So soll sich der russophile Exarch selbst bei *Nelidov* beschwert haben²⁹); jedenfalls hielt sich der Botschafter mit Vorstößen in der Beratungsfrage zurück³⁰).

Die Mittelmächte und England waren bereit, die bulgarischen Wünsche vorsichtig zu unterstützen, ohne sich jedoch allzu tief ins Fahrwasser irredentistischer Aspirationen Sofias zu begeben. Der österreichisch-ungarische Minister des Äußern, Graf *Kálnoky de Kőrös-Patak*, wollte sich aus Rücksicht auf die rivalisierenden Ansprüche der Serben und Griechen und angesichts der instabilen Verhältnisse im Balkanraum zunächst so wenig wie möglich engagieren und nur englischen oder italienischen Interventionen in der Beratungsfrage sekundieren. Indessen schwächte er seinen Standpunkt leicht ab, weil die Bevölkerungsverhältnisse in Üsküb eindeutig lagen und im übrigen „die Befriedigung der in den faktischen Verhältnissen begründeten Ansprüche und Wünsche der christlichen Bevölkerung als das geeignetste Mittel für die Sicherung der friedlichen Ordnung und der Autorität des Sultans auf der Balkanhalbinsel“³¹) angezeigt erschien.

²⁹) *Calice* an *Kálnoky*, Kon/pel 14. 6. 1890, No 24D, ibidem, f. 91v—92v.

³⁰) Das sagte er auch dem Exarchen zu, s. den Bericht über eine Unterredung mit diesem: *Calice* an *Kálnoky*, Kon/pel 28. 6. 1890, No 26B, ibidem, f. 200r—203r.

³¹) *Kálnoky* an *Burián*, Wien 23. 5. 1890, revidierter Entwurf, ibidem, f. 66r. Der Entwurf der ersten Weisung vom selben Datum (f. 63v—64v) läßt die Abschwächung deutlich erkennen: Die Wendung, man sei wegen der Ansprüche anderer Balkanvölker „zu einer vorsichtigen Reserve genöthigt“, wurde abgeändert zu „auf eine vorsichtigeren Reserve angewiesen“ (f. 63v); am Grundsatz der Nichteinmischung festzuhalten wurde durch ein „möglichst“ leicht abgeschattiert (f. 64r). In diesem Entwurf war nur vorgesehen, bei einem britischen oder italienischen Vorstoß keineswegs „diesfalls eine abräthende Haltung einzunehmen“ (ibidem). Die zweite Fassung (f. 65r—66v) stellte nun in Aussicht, daß Wien mit der Konstantinopeler Botschaft Verbindung aufnehmen wolle, „um zu sehen, in wie ferne es möglich sein wird, ohne unserem oben ausgesprochenen Princip untreu zu werden, zu Gunsten des bulg[arischen] Standpunktes zu wirken“ (f. 66r). Auch hier läßt die Korrektur eine leichte Nuancierung in Richtung auf selbständige Initiative erkennen; ursprünglich hatte es geheißen: „in wie ferne es möglich ist, dort sei es direct, sei es durch eine der befreundeten Botschaften in der Sache etwas zu thun.“ — *Calice* befürwortete die bulgarischen Wünsche in Konstantinopel nicht, ließ aber ein gewisses Wohlwollen durchblicken und verstand seine Instruktionen so: „[...] ohne mich voranzustellen auf die Nachgiebigkeit der Pforte indirekt fördernd zu wirken [...]“. *Calice*

Die Dinge kamen in Fluß, als *Stambolov* drohte, die einzigen Druckmittel anzuwenden, die ihm zur Verfügung standen: nämlich den Tribut für das ehemalige Ostrumelien zu stornieren sowie die drei Metropolen der Patriarchatskirche für die griechische Minorität aus Bulgarien auszuweisen. Während die letztgenannte Maßnahme eher die Pforte wegen der Verschärfung des Kirchenkonfliktes interessierte, rief die Andeutung finanzieller Repressalien vor allem England auf den Plan, weil der ostrumelische Tribut zur Abgeltung der Zahlungsverpflichtungen des Osmanischen Reiches verwendet wurde. „Im höchsten Alarm“ ersuchte der britische Delegierte zum Conseil de la Dette ottomane den Botschafter Österreich-Ungarns in Konstantinopel, für die Erfüllung der bulgarischen Wünsche einzutreten³²). Auch wurde *Caillard* selbst beim Großvezir vorstellig, „um einer solchen, für den finanziellen Credit der Türkei desaströsen Eventualität vorzubeugen“³³). In der Tat hatte Sofia statt der fälligen Rate des Tributs bis Mitte Juni 1890 nur einen Teilbetrag überwiesen. Die Pforte hielt diesen Vorfall jedoch geheim, um ihre Kreditwürdigkeit nicht zu schädigen³⁴)! Andererseits war Sofia durchaus daran gelegen, die Drohung nicht wahrzumachen, weil die britische Finanzwelt letztlich auch gegen Bulgarien Stellung beziehen könnte³⁵).

Beide Seiten erzielten im stillen einen Erfolg. Die Pforte, die *Ferdinand* nach wie vor nicht anerkannte, ging in der Anerkennung zumindest der Regierung einen Schritt weiter und sicherte zu, künftig mit Bulgarien durch förmliche Noten zu verkehren und einen neuen Vertreter nach Sofia zu entsenden; daraufhin zahlte *Stambolov* den Rest der Tributrate³⁶).

an *Kálnoky*, Kon/pel 31. 5. 1890, No 22G–H, ibidem, f. 67v, 69v. — In den siebziger Jahren hatte sich Österreich-Ungarn nachdrücklich für die bulgarischen Belange eingesetzt.

³²) *Calice* an *Kálnoky*, Kon/pel 31. 5. 1890, No 22G–H, ibidem, f. 68r–69r. *Stambolov* teilte die Drohung dem Herausgeber des *Levant Herald*, *Whitacker*, mit, der den britischen Delegierten zum Conseil de la Dette ottomane, *Caillard*, informierte.

³³) *Calice* an *Kálnoky*, Kon/pel 9. 6. 1890, No 23D, ibidem, f. 76r. In diesem Sinne wirkte auch Lord *Salisbury* auf die Pforte ein: Botschafter *Franz Gf. Deym* an *Kálnoky*, London 18. 6. 1890, No 36B, ibidem, f. 101.

³⁴) *Calice* an *Kálnoky*, Kon/pel 14. 6. 1890, No 24C, ibidem, f. 88. Die bulgarische Bank beauftragte zwar die Banque ottomane in Konstantinopel, die ganze Rate der Dette ottomane zu überweisen, zahlte aber nur ein Viertel, nämlich 3000 türkische Pfund. Die Banque ottomane schoß den Rest vor.

³⁵) Ibidem, f. 89r.

³⁶) *Calice* an *Kálnoky*, Kon/pel 18. 6. 1890, No 8495, ibidem, f. 99r. Allerdings wurden die Noten auch weiterhin im Namen des Vakuf-Kommissärs abgesendet, damit die „besonderen Beziehungen“ zu Bulgarien, das für das Osmanische Reich kein Ausland war, formell gewahrt blieben.

Noch vor dieser Übereinkunft hatte Sofia eine lange und schroff formulierte Note ausgearbeitet, die am 19. Juni in Konstantinopel übergeben wurde³⁷). Darin warf Bulgarien der Pforte vor, sie habe ihre Pflichten gegenüber dem Vasallen verletzt, weil sie den Fürsten und die Regierung nicht anerkenne und bei den Mächten nicht zugunsten der Anerkennung interveniert habe. Weiters wurde die schlechte Behandlung der Bulgaren im Osmanischen Reich der privilegierten Lage der Muslime in Bulgarien gegenübergestellt und schließlich kritisiert, daß die Pforte aus Rücksicht auf das Patriarchat großen Teilen der bulgarischen Bevölkerung die Bestellung bulgarischer Hierarchen verweigere, obwohl dies in dem einschlägigen Ferman vorgesehen sei, und die bulgarischen Lehrer diskriminiere. Mehrmals stand in der Note zu lesen, daß die Politik der Pforte die vehemente Kritik der bulgarischen Opposition am Regierungskurs provoziere; Konstantinopel wurde gewarnt, daß die Opposition einen härteren Kurs steuern würde: »il s'établit un courant très fort parmi le peuple qui commence à se demander si la politique du Gouvernement est nationale ou contraire aux intérêts de la nation bulgare«. Wenn die Pforte aber weder den Fürsten und die Regierung anerkenne, noch die Rechte der bulgarischen Kirche respektiere, dem Vasallen also den Schutz verweigere, dann, so drohte Sofia mit einem Satz, der viel Staub aufwirbelte, sei Bulgarien verpflichtet, »de chercher dans ses propres forces les moyens de sortir d'une situation pleine d'incertitudes et de dangers«.

Wien entschloß sich jetzt, aus der Reserve herauszugehen und die bulgarischen Wünsche teilweise zu unterstützen³⁸). Darauf ging die Pforte jetzt um so eher ein, als die bulgarische Note einen gewissen Eindruck in Konstantinopel nicht verfehlt hatte³⁹). In London dagegen wollte man zuerst weder die Griechen in der Kirchenfrage, noch die Russen in der Anerkennungsfrage vor den Kopf stoßen⁴⁰) und schwenkte dann nach einigem Be-

³⁷) Französischer Text: Beilage zum Bericht *Buriáns* an *Kálnoky*, Sofia 20. 6. 1890, No 49, ibidem, f. 112r—118v; vgl. *Burián* an *Kálnoky*, Sofia 24. 6. 1890, No 51A—D, ibidem, f. 146r.

³⁸) *Zwiedineck* an *Burián*, Wien 26. 6. 1890, vertraulicher Privatbrief, ibidem, f. 189v—190r; *Burián* an *Kálnoky*, Sofia 27. 6. 1890, No 46, ibidem, f. 191r; *Calice* an *Kálnoky*, Kon/pel 28. 6. 1890, No 26A—E, ibidem, f. 192v—193r. Die Unterstützung bezog sich nur auf die Substanz der bulgarischen Wünsche. Zu der Note glaubte Wien, daß es den Bulgarien freundlich gesinnten Mächten nicht möglich sei, „einen Schritt zu unterstützen, welcher sowol was die Form als was die Zeit betrifft ihren Ratschlägen widerspricht.“ *Kálnoky* an *Burián*, Wien 28. 6. 1890, No 570, Reinentwurf, ibidem, f. 205r; Zirkularerlaß *Kálnokys*, Wien 6. 7. 1890, ibidem, f. 257v—258r.

³⁹) *Calice* an *Kálnoky*, Sofia 28. 6. 1890, No 26A—E, ibidem, f. 192r.

⁴⁰) *Deym* an *Kálnoky*, London 2. 7. 1890, No 45, ibidem, f. 220r; *Deym* an *Kálnoky*, London 5. 7. 1890, No 46, ibidem, f. 247 (*Salisbury* schwankt unter

denken auf die Wiener Linie ein⁴¹). Nachdem sich die Pforte vor allem der deutschen Rückendeckung versichert hatte, tendierte sie dazu, die fraglichen Berats für die bulgarischen Metropolen auszustellen, weil Rußland hier die Rechtsgrundlage für eine Intervention fehlte und im übrigen die Konzession formal nicht dem Sofioter Kabinett, sondern dem Exarchen in Konstantinopel gewährt wurde. Hingegen wollte sie Petersburg nicht durch die einseitige Anerkennung *Ferdinands* herausfordern, wohl aber bis unmittelbar an diese formelle Schwelle den Bulgaren entgegenkommen⁴²). Zu einem solchen Kompromiß rieten Berlin und Wien um so eher, als sie sich damit Rußland gegenüber nicht exponierten⁴³). Italien unterstützte ohnehin den bulgarischen Standpunkt in der Kirchenfrage⁴⁴).

Obwohl die Pforte aus Furcht vor Rußland vorübergehend schwankte⁴⁵), berichtete Botschafter *Calice* schon am 8. 7. 1890 aus Konstantinopel, daß der Ministerrat in seiner vorletzten Sitzung die Erteilung der Berats für die Metropolen in Skopje, Veles und Ohrid beschlossen habe. Diese Entscheidung wurde zunächst geheim gehalten, bis Sofia die in der Note enthaltene Drohung formell zurücknahm⁴⁶). Noch einmal war ein energischer, vom deutschen Botschafter *v. Radowitz* sekundierter Vorstoß *Calices* nötig, um die Opposition gegen den Kompromißkurs von Großvezir *Kâmil Pascha* zu überwinden⁴⁷). Am 17. 7. erschien schließlich der Irade über die Erteilung der Berats⁴⁸), am 26. 7. ein weiterer Irade über den sofortigen Vollzug des

dem Eindruck der Argumente *Deyms*); Zirkularerlaß *Kálnokys*, Wien 6. 7. 1890, *ibidem*, f. 257r.

⁴¹) *Deym* an *Kálnoky*, London 9. 7. 1890, No 49, *ibidem*, f. 278r; *Calice* an *Kálnoky*, Kon/pel 11. 7. 1890, No 40, *ibidem*, f. 289r.

⁴²) *Calice* an *Kálnoky*, Kon/pel 28. 6. 1890, No 26 A–E, f. 193v–196v.

⁴³) *Zwiedineck* an *Calice*, Wien 4. 7. 1890, Privatbrief, Abschrift, *ibidem*, f. 243r–244v; *Kálnoky* an *Calice*, Wien 9. 7. 1890, No 42, *ibidem*, f. 287r. *Kálnoky* fürchtete zu Recht, Sofia könnte sonst die Tributzahlung einstellen. Hierüber lag bereits ein Ministerratsbeschluß vor und der Direktor der Banque ottomane war unterrichtet worden: *Burián* an *Kálnoky*, Sofia 8. 7. 1890, No 56 A–E, *ibidem*, f. 270r–271r.

⁴⁴) *Calice* an *Kálnoky*, Kon/pel 21. 7. 1890, No 29 A–C, *ibidem*, f. 356.

⁴⁵) *Calice* an *Kálnoky*, Kon/pel 5. 7. 1890, No 27 A–C, *ibidem*, f. 249v–250r.

⁴⁶) *Calice* an *Kálnoky*, Kon/pel 8. 7. 1890, No 37 u. 38, *ibidem*, f. 262r, 263r. Text der Note *Stambolovs*: Beilage zum Bericht *Calices* an *Kálnoky*, Kon/pel 12. 7. 1890, *ibidem*, f. 300r. Die Note datiert vom 4. 7. und wurde *Calice* am 6. 7. vertraulich mitgeteilt. Sie dürfte also am 5. oder 6. 7. in Konstantinopel eingetroffen sein; dies wäre dann auch der *terminus ante quem* der Ministerratssitzung.

⁴⁷) *Calice* schickte dem Großvezir ein Schreiben während der entscheidenden Ministerratssitzung am 15. 7.; *v. Radowitz* wendete sich an den Sultan. *Calice* an *Kálnoky*, Kon/pel 21. 7. 1890, No 29 A–C, *ibidem*, f. 356r–362r. Text des Schreibens *Calices* an *Kâmil Pascha* als Beilage, f. 367r–368v.

⁴⁸) *Calice* an *Kálnoky*, Kon/pel 17. 7. 1890, No 41, *ibidem*, f. 339r.

Beschlusses⁴⁹). *Teodosij*, der neue Metropolit von Skopje, traf in Saloniki auf der Durchreise am 10. August ein, *Sinesij* reiste von dort am 19. nach seiner neuen Residenz Ohrid ab⁵⁰).

Die russische Reaktion läßt einen Unterschied des Temperaments der Akteure und den notorischen Mangel an Koordination in der russischen Diplomatie erkennen: Botschafter *Nelidov* zeigte sich empört gegen die Pforte, die der illegalen bulgarischen Regierung das zugestehe, „was die langjährigen Bemühungen Rußlands und des Exarchats nicht zu erreichen vermochten“, und polterte gegen die „grobe Verletzung“ der Rücksicht auf Petersburg⁵¹). In einer Verbalnote an die Pforte sprach er melodramatisch von einem »acte hostile à l'égard de la Russie« und warnte vor den »conséquences funestes« für die allgemeine politische Lage⁵²). Sein erklärtes Ziel war, zumindest die Ausführung des Kabinettsbeschlusses zu verhindern, um der bulgarischen Regierung eine schwere Niederlage beizubringen, ja sie „zusammenstürzen“ zu lassen — dann werde der Weg zur Wahl eines neuen Fürsten frei⁵³). Für *Nelidov* traten also die Probleme der bulgarischen Kirche im Osmanischen Reich hinter die Frage der Systemstabilisierung im Fürstentum zurück, er agierte auf derselben Ebene wie *Stambolov*, aber in entgegengesetzter Richtung⁵⁴). Außenminister *Giers* hingegen betonte die weite Distanz, aus der Petersburg die verwickelten mazedonischen Probleme betrachte. Einig war er mit *Nelidov* freilich darin, die bulgarischen Wünsche nicht zu unterstützen und *Stambolov* jedes Mitspracherecht zu bestreiten, ja, er ging so weit, das frühere Engagement der russischen Politik zugunsten der bulgarischen Kirche zu bedauern und sie sogar in erster Linie für die unlösbar gewordenen Verwicklungen in Mazedonien verantwortlich zu machen⁵⁵)! Der Botschafter Österreich-Ungarns hatte also die

⁴⁹) *Calice* an *Kálnoky*, Kon/pel 26. 7. 1890, No 45, ibidem, f. 418r.

⁵⁰) Legationssekretär *Alexander Mezey von Szathmár* an *Kálnoky*, Saloniki, 22. 8. 1890, No 59 pol, ibidem, f. 447. — Über *Teodosij* s. Sl. Dimevski, Metropolit Skopski *Teodosij. Život i dejnost* (1846—1926). Skopje 1965.

⁵¹) *Calice* an *Kálnoky*, Kon/pel 21. 7. 1890, No 29B, ibidem, f. 372v.

⁵²) Text der Note vom 22. 7.: Beilage zum Bericht *Calices* an *Kálnoky*, Kon/pel 23. 7. 1890, No 44, ibidem, f. 400r. Von einem feindlichen Akt hatte *Nelidov* schon am 20. 7. in einer Unterredung mit Außenminister *Said Pascha* gesprochen, s. den Bericht hierüber als Beilage 1 zu dem Bericht *Calices* an *Kálnoky*, Kon/pel 26. 7. 1890, No 30A–C, ibidem, f. 429f.

⁵³) Bericht über eine Unterredung mit *Said Pascha*, ibidem, f. 430r.

⁵⁴) Er ließ deshalb *Said Paschas* Standpunkt nicht gelten, die Pforte gewähre die Konzession nicht der bulgarischen Regierung, sondern dem Exarchat, der Beschluß sei keine Folge der bulgarischen Note, sondern koinzidiere zeitlich mit ihr. Für *Nelidov* war der Effekt doch ein Erfolg Sofias und der Note — was trotz der türkischen Beschwichtigungen zutraf.

⁵⁵) Botschafter *Gf. Anton von Wolkenstein-Trostburg* an *Kálnoky*, Petersburg 23. 7. 1890, No 40A–G, ibidem, f. 401v—407r. Auch der russische Botschafter

richtige Position bezogen, wenn er *Said Pascha* in einem vertraulichen Schreiben mit dem Hinweis Mut machte, *Nelidovs* Drohungen seien „pures phrases“ zur Einschüchterung ohne Substanz⁵⁶).

Nach der Ausstellung der Berats, in denen die bulgarische Kirche nicht, wie es das Patriarchat verlangte, als „schismatisch“ bezeichnet worden war, verhärtete sich dessen Haltung in der sogenannten Privilegienfrage, d. h. in der Frage der Rechts- und Verwaltungskompetenzen. Der Ökumenische Patriarch hatte demissioniert. Die russische Diplomatie sah nun die Gelegenheit gekommen, mit Nachdruck die Gravamina des Patriarchats zu unterstützen⁵⁷), nachdem sie in der Angelegenheit der Berats nicht prinzipiell gegen die bulgarische Kirche, sondern nur gegen die Opportunität von Zugeständnissen an die derzeitige Regierung in Sofia aufzutreten gewagt hatte. Wegen des Konfliktes zwischen dem Patriarchat und der Pforte verschob Petersburg die Reise des russischen Thronfolgers nach Palästina und verstärkte damit den Druck auf Konstantinopel⁵⁸). Die Vertreter der anderen Mächte machten ihren Einfluß ebenfalls zugunsten des Patriarchats geltend, wenn auch in Form freundschaftlicher Ratschläge⁵⁹). Wien wünschte schon deswegen ein rasches Ende des Konfliktes, weil die orthodoxe Kirche in Bosnien und der Hercegovina dem Patriarchen direkt unterstand und die Unruhe unter den Orthodoxen leicht auf diese Provinzen übergreifen konnte⁶⁰).

in Wien, *Lobanov-Rostovskij*, äußerte sich ohne Schärfe zu den Vorgängen: *Kálnoky an Calice*, Wien 30. 7. 1890, No 49, revidierter Entwurf, ibidem, f. 443.

⁵⁶) Abschrift als Beilage 3 zum Bericht *Calices an Kálnoky*, Kon/pel 26. 7. 1890, No 30 A–C, ibidem, f. 433r–434v. *Calice* kam zu dieser Lagebeurteilung, bevor er die Abschrift des oben zitierten Berichtes *Wolkensteins* über seine Unterredung mit *Giers* erhielt; der Bericht traf erst am 27. 7. in Wien ein und wurde dann verteilt.

⁵⁷) Über die Demarchen des russischen Geschäftsträgers *Jadovskij*: *Calice an Kálnoky*, Kon/pel 15. 9. 1890, No Z 40 A–D, *HHStA*: Griechische Patriarchenfrage, f. 12f. *Giers* urteilte wiederum aus größerer Distanz und wollte nicht, daß sich die Privilegienfrage zu einem russisch-osmanischen Konflikt entwickle: Legationsrat *Alois Frhr. von Aehrenthal an Kálnoky*, Petersburg 4./16. 10. 1890 No 55 A–B, ibidem, f. 43v–45v.

⁵⁸) *Calice an Kálnoky*, Kon/pel 7. 10. 1890, No 45B, ibidem, f. 26f.; *Aehrenthal an Kálnoky*, Petersburg 8. 10. 1890, No 134, ibidem, f. 36r. — Es ist nicht auszuschließen, daß Petersburg den Aufschub wegen der Choleraepidemie in Aleppo und Aden beschlossen hatte und diese Entscheidung politisch ausschloß (vgl. ibidem, f. 26v).

⁵⁹) *Calice an Kálnoky*, Kon/pel 7. 10. 1890, No 45C, ibidem, f. 33; Weisung *Kálnokys an Calice*, Wien 10. 10. 1890, No 65, ibidem, f. 37r, ausgeführt in der Unterredung des Botschafters mit dem Großvezir am 11. 10. *Calice an Kálnoky*, Kon/pel 13. 10. 1890, No Z 46B, ibidem, f. 38r.

⁶⁰) *Kálnoky an Aehrenthal*, Wien 21. 10. 1890, No 1, revidierter Entwurf, ibidem, f. 67r.

Die gemischte Kommission unter Vorsitz des Kultus- und Justizministers *Riza Pascha* kam zunächst bei der Behandlung der strittigen Punkte nur mühsam voran⁶¹). Nachdem Sultan *Abdulhamid II.* aber zwei fanatische Muslime abberufen und die neuen Beschlüsse der Kommission, die den Wünschen des Patriarchats weitgehend Rechnung trugen, als nicht konziliant genug zurückgegeben hatte⁶²), schien ein Übereinkommen in greifbare Nähe zu rücken. Die beiden einzigen strittigen Punkte betrafen die Vollstreckung testamentarischer Verfügungen über Staatsland sowie die Behandlung krimineller Priester. Die Oberaufsicht über die Schulen hatte die Pforte dem Patriarchat unter gewissen Auflagen (Kontrolle der Lehrpläne und der Diplome der Lehrer) überlassen, so daß beispielsweise im Vilayet Monastir eine Reihe gesperrter Schulen inzwischen wiedereröffnet worden war⁶³). Selbstverständlich hielt das Patriarchat am Einspruch gegen die Berats fest, sofern in ihnen die bulgarische Kirche nicht als schismatisch charakterisiert würde.

Trotz der Annäherung der Standpunkte blieb das Patriarchat unnachgiebig — am 12. Oktober beschloß der Gemischte Rat seine Auflösung; die Synode wollte alle orthodoxen Kirchen über die Lage informieren und forderte die Würdenträger der Diözesen im Osmanischen Reich auf, die Zeremonien zu suspendieren und die Gotteshäuser zu schließen⁶⁴). Wahrscheinlich hatte man im Patriarchat darauf spekuliert, daß die bloße Androhung dieser Maßnahmen Erfolg haben werde, und mußte dann *nolens volens* die Kirchensperre realisieren⁶⁵). Dabei hoffte man, der Pforte wenigstens die Zusage abzupressen, in Zukunft keine weiteren Berats mehr auszustellen. Allein die Pforte wies diese und andere Forderungen ohne weiteres zurück⁶⁶) und wurde darin von Wien wärmstens unterstützt⁶⁷). Der Sultan verfügte durch ein Irade, die Angelegenheiten der bulgarischen Kirche von den weiteren Verhandlungen mit dem Patriarchat auszuschließen⁶⁸).

⁶¹) Discussion de la Commission présidée par Riza Pachà au sujet des Privilèges des Patriarchats. Beilage zum Bericht *Calices an Kálnoky*, Kon/pel 15. 9. 1890, No 40B, ibidem, f. 17f.

⁶²) *Calice an Kálnoky*, Kon/pel 7. 10. 1890, No 45C, ibidem, f. 32r—33r.

⁶³) Vicekonsul *Rudolph Pogatscher* an *Kálnoky*, Monastir 12. 11. 1890, No Z 25, ibidem, f. 150v—151v.

⁶⁴) Text der von *C. G. Stavridis* ausgefertigten Erklärung ibidem, f. 39. Zur harten Verhandlungstaktik des Patriarchats trotz der inzwischen offerierten Zugeständnisse *Calice an Kálnoky*, Kon/pel 18. 10. 1890, No 47B, ibidem, f. 53v—59v.

⁶⁵) So die Informationen *Calices an Kálnoky*, Kon/pel 27. 10. 1890, No 48A—B, ibidem, f. 74.

⁶⁶) Ibidem, f. 77r.

⁶⁷) Über seine lange Unterredung mit dem Sultan am 30. 10. *Calice an Kálnoky*, Kon/pel 1. 11. 1890, No 49C, ibidem, f. 106r—112r.

⁶⁸) *Calice an Kálnoky*, Kon/pel 10. 11. 1890 No 49A—E, ibidem, 137r.

Der Konflikt des Ökumenischen Patriarchats und des bulgarischen Exarchats

Dem Aufruf zur Kirchenschließung folgte die Kirche auf Kreta erst am 2. November⁶⁹⁾, auch wurden nicht überall, wo man Zeremonien aussetzte, die Kirchengebäude verschlossen. Im übrigen war der Schritt schlecht durchdacht, weil in ethnisch gemischten Gebieten die Schließung der griechischen Kirchen sich zum Vorteil des Exarchats auswirken mußte — es war der beste Dienst, den ihm das Patriarchat leistete! In Gevgelija drohte die (mehrheitlich slavische) Bevölkerung, notfalls die Kirchen gewaltsam zu öffnen und bulgarische Priester zu holen⁷⁰⁾. Deshalb schloß man dort, wo das Exarchat viele Anhänger zählte, nicht überall die Kirchen⁷¹⁾. Als in der Bevölkerung die Unruhe über die fortdauernde Kirchenschließung wuchs⁷²⁾, erkannte Sofia seine neue Chance: Der bulgarische Vertreter bei der Pforte, *Vůlkovič*, gewann Großvezir *Kâmil Pascha* für den Gedanken, weitere Berats auszustellen, wenn der Streik der griechischen Priester anhalte⁷³⁾. Entsprechende Gesuche der Gemeinden von Monastir und Dibra unterstützte der Großvezir, dem weitere Anträge auf Berats für seine Verhandlungen mit dem Patriarchat willkommen waren⁷⁴⁾. Die griechische Bevölkerung zeigte nicht überall Verständnis für die Kirchenschließung, auch hatten die ärmeren Priester in der Provinz zu klagen, denn ihre Einnahmequellen versiegten⁷⁵⁾. In Jannina wurde Metropolit *Grigorios* vom Verwaltungsrat ausgeschlossen, weil er dreimal zu dessen Sitzungen nicht erschienen war⁷⁶⁾.

⁶⁹⁾ Generalkonsul *Ferdinand Micksche* an *Kálnoky*, Chania 27. 10. 1890, No 89, ibidem, f. 71; *Micksche* an *Kálnoky*, Chania 3. 11. 1890, No 90, ibidem, f. 116—118.

⁷⁰⁾ Generalkonsul *Alois Conte Viscovich* an *Kálnoky*, Saloniki 4. 12. 1890, No 84 pol, ibidem, f. 236.

⁷¹⁾ So z.B. nicht in Monastir, Ohrid, Dibra, Florina, Edessa, Veles, Štip, Razlog sowie in der Umgebung von Saloniki. *Pogatscher* an *Kálnoky*, Monastir 12. 11. 1890, No Z 25, ibidem, f. 149r. In den Eparchien Kozani, Elasson, Grevena, Korytsa, Nevrokop, Kastoria und Serres wurde die Schließung vollzogen. *Pogatscher* an *Kálnoky*, Monastir 29. 11. 1890, No Z 27, ibidem, f. 218, 221r; *Viscovich* an *Kálnoky*, Saloniki 4. 12. 1890, No 84 pol, ibidem, f. 236; *Viscovich* an *Kálnoky*, 10. 12. 1890, No 87 pol, ibidem, f. 268v.

⁷²⁾ In Melnik mußte deshalb die Maßnahme widerrufen werden: *Viscovich* an *Kálnoky*, ibidem, f. 236v.

⁷³⁾ *Calice* an *Kálnoky*, Kon/pel 24. 11. 1890, No 51A–F, ibidem, f. 194r, 194v—195v.

⁷⁴⁾ *Pogatscher* an *Kálnoky*, Monastir 1. 12. 1890, No 7, HHStA: Bulgarische Kirchenfrage, f. 466r; *Pogatscher* an *Kálnoky*, 8. 12. 1890, No 8, ibidem, f. 475r.

⁷⁵⁾ *Calice* an *Kálnoky*, Kon/pel 10. 11. 1890, No 49A–E, HHStA, Griechische Patriarchenfrage, f. 138r.

⁷⁶⁾ Gerent *Julius Pinker* an *Kálnoky*, Jannina 19. 1. 1891, No 9/Res, ibidem, f. 389.

Mit seiner Intransigenz verscherzte sich das Patriarchat die Unterstützung Petersburgs, das die Konzessionen der Pforte für befriedigend hielt und im übrigen eine Revokation der Berats nicht in Betracht zog⁷⁷⁾.

Die neue Athener Regierung, die der bisherige Oppositionschef *Theodoros Diligiannis* nach seinem Wahlsieg bildete, rückte zumindest in einem Punkte von der Linie des Kabinetts *Charilaos Trikoupis* ab: Außenminister *Leonidas Deligeorgis* plädierte nunmehr dafür, die Angelegenheiten der bulgarischen Kirche von der Privilegienfrage zu trennen, um die Beilegung des Konfliktes zu erleichtern⁷⁸⁾.

Da die Pforte an ihren Zusagen festhielt⁷⁹⁾, weiteren Anträgen des Patriarchats⁸⁰⁾ aber nicht nachgab⁸¹⁾, blieb der Kirche nichts anderes übrig,

⁷⁷⁾ *Aehrenthal* an *Kálnoky*, Petersburg 23. 10. 1890, No 60, ibidem, f. 69r. *Giers* schwächte später sein positives Urteil über die osmanischen Konzessionen ab, tadelte aber den Priesterstreik: *Aehrenthal* an *Kálnoky*, Petersburg 30. 10. 1890, No 57B, ibidem, f. 99—104. Zur Mißbilligung der Kirchenschließung durch Rußland s. auch *Kálnokys* Darstellung einer Unterredung mit dem russischen Botschafter in Wien, *Lobanov-Rostovskij*: *Kálnoky* an *Calice*, Wien 30. 11. 1890, ibidem, f. 223. Alles in allem hielt *Giers* aber die Zugeständnisse der Pforte für befriedigend. Als *Nelidov* dagegen wieder einmal aufbraute, desavouierte ihn Petersburg: *Calice* an *Kálnoky*, Kon/pel 8. 12. 1890, No 53A-F, ibidem, f. 242, s. vor allem die Beilagen über die zwischen Konstantinopel und Petersburg herbeigeführte Klärung, f. 244—246. — Oberprokurator *Pobedonoscev* teilte die Kritik an der Haltung des Patriarchats und nannte die Griechen „die Polen des Orients“: *Aehrenthal* an *Kálnoky*, Petersburg 7. 11. 1890, No 58 A 73, Abschrift, ibidem, f. 126v. — Der Sultan fürchtete indessen einen Konflikt mit Rußland und scheint eine nachdrückliche Empfehlung Petersburgs zugunsten einer Übereinkunft als Kriegsdrohung verstanden zu haben: Μαυρόπουλος, Πατριαρχικαὶ σελίδες, S. 16—19.

⁷⁸⁾ So *Deligeorgis* zum Gesandten *Kosjek*: *Kosjek* an *Kálnoky*, Athen 21. 11. 1890, No 59A-B, ibidem, f. 163f. Er versicherte *Kosjek* auch, der „gefährliche Schritt“ der Kirchenschließung sei nicht vom früheren Premier *Charilaos Trikoupis* ausgegangen, wie man allgemein annehme. — An die fixe Idee, daß alle Schwierigkeiten des Patriarchats und auch die Ausstellung der neuen Berats auf russische Anstiftungen und Intrigen zurückgingen, glaubten die Außenminister beider großen Parteien, wie überhaupt Hypothesen von der großen slavischen Solidarität, der panslavistischen Verschwörung gegen die Griechen u. dgl. konstante Elemente falscher griechischer Lagebeurteilungen waren. So z. B. die Äußerungen von *Stefanos Dragoumis* (Außenminister im Kabinet *Trikoupis*) zu *Kosjek*: *Kosjek* an *Kálnoky*, Athen 23. 4. 1890, No 23D, HHStA: Bulgarische Kirchenfrage, f. 12v. In diesem Sinne auch König *Georg I*: *Kosjek* an *Kálnoky*, Athen 29. 10. 1890, HHStA, Griechische Patriarchenfrage, f. 94v, 96r.

⁷⁹⁾ Französischer Text des Schreibens des Großvezirs an das Patriarchat vom 13. 11. 1890, ibidem: Griechische Patriarchenfrage, f. 215r.

⁸⁰⁾ Diese betrafen vor allem folgende Punkte: die ausdrücklich festzulegende ausschließliche Zuständigkeit des Patriarchats für Erbschaftssachen und Ehe-

als nach einem Scheinerfolg zu suchen, um den ehrenvollen Rückzug anzutreten. So konnte das Patriarchat wenigstens verbuchen, daß die Pforte mündlich dem Exarchat empfehlen werde, die Gewänder der bulgarischen Geistlichen abzuändern⁸²); auch wurden die bereits eingeräumten Konzessionen sowie einige Präzisierungen als neue Erfolge ausgegeben⁸³). Es war aber auf griechischer Seite offensichtlich nicht leicht, zu einer klaren Entscheidung zu kommen, weil den Anwälten des unnachgiebigen Kurses eine wohl wachsende Zahl von Geistlichen und Laien gegenübertrat, die auf den Abbruch der Kirchenschließung drängten⁸⁴). Am 6. Jänner 1891 wurden die Gotteshäuser wieder geöffnet, die Priester nahmen ihren Dienst auf⁸⁵). Lediglich der Ökumenische Patriarch beharrte auf seinem Rücktritt, bis ein noch strittiger Punkt in der Jurisdiktionsfrage aufgeklärt war⁸⁶). In einem Ausführungszirkular an die Provinzialbehörden präziserte die Pforte ihre Entscheidungen redaktionell — was bei dem Zustand der Rechtspflege im Osmanischen Reich immerhin den Vorteil hatte, den Spielraum für Mißbräuche einzuengen. Patriarch *Dionysios V.* begab sich daraufhin wieder ins Fanar⁸⁷).

Der Ausgang des Konfliktes zeitigte eine Nebenfolge, die das Patriarchat zweifellos nicht beabsichtigt hatte: Auf Antrag des Exarchen dehnte die Pforte ihre Grundsatzentscheidungen auch auf die bulgarische Kirche aus,

scheidungen sowie die Legitimierung von Kindern; die Anerkennung der zuständigen Patriarchatsgremien als Gerichtsinstanzen; die Behandlung von Priestern, die in Strafsachen verhört oder verhaftet werden sollten.

⁸¹) Französische Übersetzung des Teskere an das Ökumenische Patriarchat v. 15. 12. 1890, HHStA, Griechische Patriarchenfrage, f. 348.

⁸²) *Calice* an *Kálnoky*, Kon/pel 29. 11. 1890, No 52B, ibidem, f. 210r—212r. So auch in dem zitierten Schreiben des Großvezirs, f. 215r. Athen sah in dem Vezirialschreiben eine brauchbare Grundlage für eine Einigung: *Kosjek* an *Kálnoky*, Athen 5. 12. 1890, No 61, ibidem, f. 230r—231r.

⁸³) *Calice* an *Kálnoky*, Kon/pel 7. 2. 1891, No 6C, ibidem, f. 394.

⁸⁴) *Calice* an *Kálnoky*, Kon/pel 13. 12. 1890, No 54A—E, ibidem, f. 282r—287r.

⁸⁵) *Calice* an *Kálnoky*, Kon/pel 6. 1. 1891, No 5142, ibidem, f. 370r; *Viscovich* an *Kálnoky*, Saloniki 6. 1. 1891, No 5175, ibidem, f. 371r.; *Micksche* an *Kálnoky*, Chania 6. 1. 1891, No 2, ibidem, f. 372f.; *Pinter* an *Kálnoky*, Jannina 8. 1. 1891, No 3 Res, ibidem, f. 374—376; Honorarkonsul *Julius von Jaxa-Dembicki* an *Kálnoky*, Preveza 8. 1. 1891, No 12, ibidem, f. 378f.; *Viscovich* an *Kálnoky*, Saloniki 14. 1. 1891, No 4 pol, ibidem, f. 382f.

⁸⁶) *Calice* an *Kálnoky*, Kon/pel 19. 1. 1891, No 3E, ibidem, f. 384r; *Calice* an *Kálnoky*, 28. 12. 1890, No 56B, ibidem, f. 358r—359r.

⁸⁷) *Calice* an *Kálnoky*, Kon/pel 21. 2. 1891, No 8C, ibidem, f. 398f.; Teskere des Justizministers *Riza Pascha* an das Patriarchat, 23. 1. 1891, ibidem, f. 401r; Zirkular des Großvezirs an die Vilayets und die unabhängigen Bezirke, 22. 1. 1891, ibidem, f. 403r—404r.

wobei in Gebieten, in denen noch keine bulgarischen Bischöfe amtierten, Exarchatsmandatare die Jurisdiktions- und Verwaltungsbefugnisse wahrnehmen sollten⁸⁸). Nach der Erteilung der Berats mußte das Patriarchat nun eine weitere Aufwertung und Ausstattung der Exarchatskirche außerhalb der bestehenden Diözesen hinnehmen und erreichte außerdem in einem zentralen Punkt nicht sein Ziel, nämlich die ausschließliche Kontrolle über die Schulen zu behaupten und auf diese Weise bulgarischen Aspirationen einen Riegel vorzuschieben.

Immerhin hat die Kirche mit ihrer energischen Reaktion ihren Status im Osmanischen Reich gewahrt. Gleichzeitig wurden aber auch die Grenzen der Reformierbarkeit des Reiches deutlich, die keineswegs nur durch das Widerstreben der muslimischen Machteliten, sondern auch durch die konservative Einstellung der Kirche(n) gezogen waren. Patriarch *Dionysios V.* verkörperte auch als Person die alte Ordnung: Er trug wieder (und als letzter) die alten Sandalen und den alten schwarzen Schleier um das *καλυμμαύχιον*, saß in orientalischer Weise mit gekreuzten Beinen auf dem Divan, klatschte in die Hände, statt nach der Bedienung zu läuten, er schrieb mit dem Gänsekiel und ließ Vertreter fremder Mächte vor sich stehen⁸⁹). Am meisten hatte zweifellos das Exarchat von dem Konflikt profitiert, und zwar deshalb, weil die bulgarische Regierung im Interesse der Systemstabilisierung die Beratfrage hochspielte, weil die Pforte letztlich am Ausgleich im Reich, an normalen Beziehungen zu Bulgarien und an der Ohnmacht der Russophilen im Fürstentum interessiert war und weil die Mächte außer Rußland aus Rücksicht auf die Systemstabilität im Osmanischen Reich der Pforte zum Einlenken rieten; schließlich brachte die ungeschickte Taktik des Patriarchats weitere Vorteile. Die Pforte setzte diese Politik fort: Das Exarchat durfte in Konstantinopel eine Kirche bauen und eine Zeitschrift herausgeben⁹⁰).

Stambolov erreichte sein Ziel. Nachdem *Planica* abgeurteilt, die Beratfrage entschieden und somit gesichert war, daß das Exarchat sich in der Konfrontation des Regimes mit seinen Gegnern neutral verhielt, schrieb er Neuwahlen aus, in denen er weniger Gewalt anzuwenden brauchte als 1887. Rußland hatte in der Krise Prestige verloren: Es war nicht imstande gewesen, die bulgarische Politik zu durchkreuzen. *Stambolov* demonstrierte der russophilen Opposition, daß Bulgarien seine nationalen Ziele nicht nur ohne die Protektion Petersburgs, sondern sogar gegen Rußland erreichen konnte. Auch Fürst *Ferdinands* Position hatte sich gefestigt. Die Pforte machte einen weiteren Schritt zur Normalisierung, der osmanische Vertreter in Sofia erschien 1891 erstmals zur Audienz bei *Ferdinand* und die

⁸⁸) *Calice an Kálnoky*, Kon/pel 19. 1. 1891, No 3E, ibidem, f. 384f.

⁸⁹) Μαυρόπουλος, Πατριαρχικά σελίδες, S. 13f.

⁹⁰) Panajotov, op. cit., S. 155.

Mächte (außer Rußland) vermieden gerade nur die formelle Anerkennung. Den stabilisierenden Effekt des Beratkonfliktes ergänzte der erfolgreiche Versuch der Regierung wie des Fürsten, der Opposition im Heer den Wind aus den Segeln zu nehmen: Mit der Reorganisation des Heeres 1888 waren neue Posten geschaffen und Laufbahnen eröffnet worden; Beförderungen und Ordensverleihungen im selben Jahr und eine Beförderungswelle 1891 ermutigten die Offiziere, an ihre Karrieren zu denken, statt Opposition zu treiben und zu konspirieren⁹¹). In den politischen Kontroversen in Bulgarien nahm das Interesse an der Anerkennungsfrage und an den Beziehungen mit Petersburg ab, statt dessen ging es mehr und mehr um die Strukturen und die Funktion des politischen Systems sowie um den Verfassungsartikel 38 über die Konfession des Thronfolgers und der Prinzen. In dieser Hinsicht standen dem Regime schwere Tage bevor⁹²). Der Nebeneffekt der systemstabilisierenden Aktionen *Stambolovs* zeigte sich bald: Der Fürst, der bisher gut beraten war, möglichst wenig hervorzutreten und auf seinen wackeligen Thron zu achten, hatte künftig in dem gespannten Verhältnis zu *Stambolov* mehr Handlungsspielraum.

Wie sich schon in den achtziger Jahren herausgestellt hatte, stand Rußland isoliert da und dieser Befund hat sich in der vorliegenden Analyse bestätigt. Daß die russische Politik deprimierend erfolglos war, trat auch ihren Trägern und ihren Kritikern in Petersburg deutlich vor Augen. Mit den neuen Positionsverlusten im Balkanraum koinzidierte zeitlich *Capravis* Neuer Kurs, der zur Abkühlung des deutsch-russischen Verhältnisses führte: Den Rückversicherungsvertrag wollte Berlin nicht erneuern, die deutsche Handelspolitik und die russischen Zolltarife ergaben eine unvorteilhafte Konstellation von Voraussetzungen und Bedingungen der russischen Außenpolitik seit dem Abschluß des Dreibundes 1892. Die Öffnung erst des Zweibundes, dann des Dreibundes nach England bewährte sich in den Balkankrisen und zeigte um so mehr die Gefahren der fatalen Isolierung Rußlands. Daran änderten die sich anbahnenden Abmachungen mit Frankreich deshalb nichts, weil die französische Seite die militärische Bündnisautomatik gegenüber Österreich-Ungarn, Rußlands Haupttrivalen im Balkanraum, zu vermeiden suchte. Zur Erklärung der russischen Balkanpolitik 1890/91 kommen dieselben Faktoren in Betracht, die schon in den achtziger Jahren zum Ausscheiden Bulgariens aus der Interessensphäre Rußlands geführt hatten: die Unfähigkeit, eine einheitliche, realistische außenpolitische Konzeption zu entwickeln, was gerade im zwiespältigen Verhältnis zur bulgarischen Kirche wieder deutlich geworden war. Wie auch in anderen Situatio-

⁹¹) Grünčarov, op. cit., S. 142, 168.

⁹²) Charles Jelavich, Russo-Bulgarian Relations, 1892—1896: With Particular Reference to the Problem of the Bulgarian Succession, *The Journal of Modern History*, 24, 1952, S. 341—351.

nen (z.B. nach der Vereinigung Ostrumeliens mit Bulgarien) manövrierte sich Rußland in eine Situation, in der es seine Interessen verletzt sah, wenn seine alten Wünsche in Erfüllung gingen. In Betracht kommt so dann die weitgehende Selbständigkeit der offiziellen Vertreter und inoffiziellen Agenten Rußlands, die auch diesmal die russische Politik anders akzentuierten und gestalteten als das Petersburger Außenministerium, damit Zweifel an der Glaubwürdigkeit der russischen Politik aufkommen ließen und verschiedenen Verschwörungsgerüchten Vorschub leisteten. Andere Mittel der Interessenwahrung als die wenig effektiven diplomatischen standen Rußland nicht zur Verfügung. Ein Krieg — und ohne einen größeren Krieg war eine russische Intervention in Bulgarien kaum denkbar — kam angesichts der Finanzlage ohnehin nicht in Betracht. Während die militärische Schlagkraft Deutschlands seit Ende der achtziger Jahre zunahm, mußte Petersburg seit 1882 drastische Einsparungen im Etat des Kriegsministeriums vornehmen, der erst 1891 wieder den Stand von 1881 erreichte; auch die Flottenrüstung wurde reduziert. Zur wirtschaftlichen Penetration Südosteuropas fehlten dem rückständigen Land die Voraussetzungen.

Der Versuch, durch direkte oder indirekte Verbindungen mit Attentätern, denen 1891 Finanzminister *Belčev* und ein Jahr später der bulgarische Vertreter bei der Pforte, *Vůlkovič*, zum Opfer fielen, die Weichen in Bulgarien anders zu stellen, diskreditierten die russische Politik mehr, als sie ihr nützten.

Österreich-Ungarn hatte seine Stellung in Südosteuropa gefestigt und ausgebaut. Auch in der Krise von 1890/91, in der sich Wien zurückhaltend und vorsichtig engagierte, konnte man erkennen, welches Gewicht Wiener Ratschlägen neben den britischen in Konstantinopel beigelegt wurde⁹³). Bringt man die Ereignisse von 1890 in einen Zusammenhang mit den Nationalbewegungen im Balkanraum und insbesondere mit Aktionen der Balkanstaaten, die den Vorstellungen und Abmachungen der großen Mächte nicht entsprachen und diplomatische Konstellationen ins Wanken brachten — stellvertretend seien hier nur die Befreiungskämpfe, die Vereinigung Ost-Rumeliens mit Bulgarien und die Balkankriege 1912/13 genannt —, so stellt sich wieder einmal heraus, daß die Auffassung, die kleinen Balkanstaaten seien Spielbälle der Großen gewesen, nicht zu halten ist. Die Politik der Mächte wurde umgekehrt durch Vorgänge an der europäischen Peripherie aktiviert; die Zurückhaltung und Vorsicht, die man in den Hauptstädten der Mächte beobachten mußte, gab den kleinen Staaten die Chance, die Große Politik für ihre Ziele zu nutzen.

⁹³) Die oben zitierten Akten enthalten jedoch keinen Anhaltspunkt für die These Panajotovs (op. cit., S. 152), *Kálnoky* habe die bulgarische Note vom 19. 6. und die anderen Schritte angeregt.